

Beschluss Solidarität mit der Ukraine!

Gremium: Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum: 26.03.2022
Tagesordnungspunkt: 6. Aktuelle Debatte

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen auf das Schärfste den völkerrechtswidrigen und
2 menschenverachtenden Einmarsch Russlands in die Ukraine. Gemeinsam mit allen
3 demokratischen Kräften in Deutschland, Europa und aller Welt bekunden wir unsere
4 Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und stehen an ihrer Seite. Unsere
5 Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg bereits gefordert hat und
6 noch fordern wird. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt auch den mutigen
7 Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die sich unter der Gefahr der
8 Verhaftung und jahrelanger Haftstrafen offen gegen die Politik des Putin-Regimes
9 stellen.

10 Russische Bombardierungen und Raketenangriffe machen vor zivilen Einrichtungen,
11 Wohnhäusern, Theatern, Kliniken nicht halt. Vor allem die Küstenstadt Mariupol
12 gleicht nach Augenzeugen einem Trümmerfeld. Das sind Kriegsverbrechen, für die
13 sich Putin und seine Militärs werden verantworten müssen.

14 Als Bündnisgrüne stehen wir auf allen Ebenen für den Frieden und die Einhaltung
15 der Charta der Vereinten Nationen ein. Wir begrüßen die Resolutionen der
16 Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den Angriff verurteilen und Russland
17 auffordern, die Gewaltanwendung unverzüglich einzustellen. Nur 4 Staaten haben
18 neben Russland diese Resolutionen abgelehnt. Das zeigt die Isolation, in die
19 Präsident Putin sein Land getrieben hat.

20 Wir begrüßen die weltweite beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die
21 Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Ukraine hat nach Art.
22 51 der Charta der VN das Recht zur Selbstverteidigung, und wir stehen dazu, dass
23 es in dieser Lage angemessen ist, die Ukraine materiell und ideell dabei zu
24 unterstützen.

25 Wir begrüßen die seit langem überfällige Distanzierung der Landesregierung vom
26 Projekt Nordstream 2 und den Aktivitäten der zu dessen Unterstützung gegründeten
27 sogenannten „Stiftung für Klima- und Umweltschutz“. Wir fordern Vorstand und
28 Geschäftsführung der Stiftung auf, alle Tätigkeiten für die Stiftung
29 einzustellen und die zur Ruhigstellung des Widerstands gegen das Projekt
30 vorgesehenen Mittel der Stiftung, soweit sie bereits geflossen sind, nicht
31 auszugeben, bis ein Weg zur endgültigen Abwicklung der Stiftung gefunden ist.
32 Wir werden es nicht damit bewenden lassen. Wir fordern volle Transparenz über
33 alle Aktivitäten der Stiftung und die Hintergründe ihrer Gründung.

34 Innerhalb von wenigen Wochen hat dieser Krieg circa zehn Millionen Menschen
35 veranlasst, ihr Zuhause zurückzulassen. Zweidrittel davon halten sich im Inland
36 auf und werden von Landsleuten so gut es geht aufgenommen. Gut dreieinhalb
37 Millionen Menschen haben das Land verlassen. Wir sind froh über die riesige
38 Hilfsbereitschaft in Polen, Ungarn, Rumänien, der Slowakei und der
39 Moldaurepublik. Die Ukraine ist ein buntes Land, das sich unter anderem vielen
40 afrikanischen Studenten geöffnet hat. Wir wünschen uns deshalb, dass bei der

41 Hilfe keine Unterschiede nach Hautfarbe und ethnischer Herkunft gemacht werden.

42 Alle Kriegsflüchtlinge verdienen Unterstützung und Hilfe.

43 Wer vor Krieg und Gewalt flieht, ist bei uns willkommen. Wer Schutz sucht,
44 findet bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Sicherheit und, wenn gewünscht, auch
45 ein neues Zuhause. Die Hilfsbereitschaft im Land ist beeindruckend. Aber es wird
46 notwendig sein, diese bald mit professionellen Strukturen zu untersetzen bzw.
47 bestehende Hilfsstrukturen zu stärken, um Erschöpfung zu vermeiden. Der ersten
48 Hilfe nach der Ankunft muss über einen langen Zeitraum Beratung, Betreuung und
49 Integrationsunterstützung folgen. Dazu müssen Land und Bund Fördermittel weiter
50 aufstocken und Verwaltungsprozesse einfacher und transparenter machen. Auch bei
51 uns darf es keine Unterschiede zwischen ukrainischen Staatsbürger:innen und
52 Menschen aus Drittstaaten geben. Die Integration muss besser als in den
53 vergangenen Jahren Konfliktpotenziale im Blick haben. Wo es ukrainischen
54 Geflüchteten leichter gemacht wird, müssen Erleichterungen so gut es geht allen
55 Geflüchteten zugutekommen. Auch wenn die meisten Geflüchteten hoffen, bald
56 zurückkehren zu können, müssen insbesondere der Spracherwerb und Kontakte zur
57 unmittelbaren Wohnumgebung unterstützt werden.

58 Das sichere Leben im eigenen Land kann all das nicht ersetzen. Deshalb bleibt es
59 dabei: Die Souveränität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Putin muss die
60 Angriffe auf die Ukraine sofort einstellen und seine Truppen aus der Ukraine
61 zurückziehen. Das fordern wir mit mehr als Zweidrittel aller Staaten der Welt.

62 Frieden und Unabhängigkeit für die demokratische Ukraine!

A1_neu Solidarität mit der Ukraine!

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 04.03.2022
Tagesordnungspunkt: 6. Aktuelle Debatte

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen auf das Schärfste den völkerrechtswidrigen und
2 menschenverachtenden Einmarsch Russlands in die Ukraine. Gemeinsam mit allen
3 demokratischen Kräften in Deutschland, Europa und aller Welt bekunden wir unsere
4 Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und stehen an ihrer Seite. Unsere
5 Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg bereits gefordert hat und
6 noch fordern wird. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt auch den mutigen
7 Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die sich unter der Gefahr der
8 Verhaftung und jahrelanger Haftstrafen offen gegen die Politik des Putin-Regimes
9 stellen.

10 Russische Bombardierungen und Raketenangriffe machen vor zivilen Einrichtungen,
11 Wohnhäusern, Theatern, Kliniken nicht halt. Vor allem die Küstenstadt Mariupol
12 gleicht nach Augenzeugen einem Trümmerfeld. Das sind Kriegsverbrechen, für die
13 sich Putin und seine Militärs werden verantworten müssen.

14 Als Bündnisgrüne stehen wir auf allen Ebenen für den Frieden und die Einhaltung
15 der Charta der Vereinten Nationen ein. Wir begrüßen die Resolutionen der
16 Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den Angriff verurteilen und Russland
17 auffordern, die Gewaltanwendung unverzüglich einzustellen. Nur 4 Staaten haben
18 neben Russland diese Resolutionen abgelehnt. Das zeigt die Isolation, in die
19 Präsident Putin sein Land getrieben hat.

20 Wir begrüßen die weltweite beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die
21 Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Ukraine hat nach Art.
22 51 der Charta der VN das Recht zur Selbstverteidigung, und wir stehen dazu, dass
23 es in dieser Lage angemessen ist, die Ukraine materiell und ideell dabei zu
24 unterstützen.

25 Wir begrüßen die seit langem überfällige Distanzierung der Landesregierung vom
26 Projekt Nordstream 2 und den Aktivitäten der zu dessen Unterstützung gegründeten
27 sogenannten „Stiftung für Klima- und Umweltschutz“. Wir fordern Vorstand und
28 Geschäftsführung der Stiftung auf, alle Tätigkeiten für die Stiftung
29 einzustellen und die zur Ruhigstellung des Widerstands gegen das Projekt
30 vorgesehenen Mittel der Stiftung, soweit sie bereits geflossen sind, nicht
31 auszugeben, bis ein Weg zur endgültigen Abwicklung der Stiftung gefunden ist.
32 Wir werden es nicht damit bewenden lassen. Wir fordern volle Transparenz über
33 alle Aktivitäten der Stiftung und die Hintergründe ihrer Gründung.

34 Innerhalb von wenigen Wochen hat dieser Krieg circa zehn Millionen Menschen
35 veranlasst, ihr Zuhause zurückzulassen. Zweidrittel davon halten sich im Inland
36 auf und werden von Landsleuten so gut es geht aufgenommen. Gut dreieinhalb
37 Millionen Menschen haben das Land verlassen. Wir sind froh über die riesige
38 Hilfsbereitschaft in Polen, Ungarn, Rumänien, der Slowakei und der
39 Moldaurepublik. Die Ukraine ist ein buntes Land, das sich unter anderem vielen
40 afrikanischen Studenten geöffnet hat. Wir wünschen uns deshalb, dass bei der

- 41 Hilfe keine Unterschiede nach Hautfarbe und ethnischer Herkunft gemacht werden.
42 Alle Kriegsflüchtlinge verdienen Unterstützung und Hilfe.
- 43 Wer vor Krieg und Gewalt flieht, ist bei uns willkommen. Wer Schutz sucht,
44 findet bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Sicherheit und, wenn gewünscht, auch
45 ein neues Zuhause. Die Hilfsbereitschaft im Land ist beeindruckend. Aber es wird
46 notwendig sein, diese bald mit professionellen Strukturen zu untersetzen bzw.
47 bestehende Hilfsstrukturen zu stärken, um Erschöpfung zu vermeiden. Der ersten
48 Hilfe nach der Ankunft muss über einen langen Zeitraum Beratung, Betreuung und
49 Integrationsunterstützung folgen. Dazu müssen Land und Bund Fördermittel weiter
50 aufstocken und Verwaltungsprozesse einfacher und transparenter machen. Auch bei
51 uns darf es keine Unterschiede zwischen ukrainischen Staatsbürger:innen und
52 Menschen aus Drittstaaten geben. Die Integration muss besser als in den
53 vergangenen Jahren Konfliktpotenziale im Blick haben. Wo es ukrainischen
54 Geflüchteten leichter gemacht wird, müssen Erleichterungen so gut es geht allen
55 Geflüchteten zugutekommen. Auch wenn die meisten Geflüchteten hoffen, bald
56 zurückkehren zu können, müssen insbesondere der Spracherwerb und Kontakte zur
57 unmittelbaren Wohnumgebung unterstützt werden.
- 58 Das sichere Leben im eigenen Land kann all das nicht ersetzen. Deshalb bleibt es
59 dabei: Die Souveränität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Putin muss die
60 Angriffe auf die Ukraine sofort einstellen und seine Truppen aus der Ukraine
61 zurückziehen. Das fordern wir mit mehr als Zweidrittel aller Staaten der Welt.
- 62 Frieden und Unabhängigkeit für die demokratische Ukraine!

A2-Ä2 (Globalalternative) Europa sicherer machen

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 25.03.2022
Tagesordnungspunkt: 6. Aktuelle Debatte

Antragstext

- 1 Wir stehen solidarisch an der Seite der Bürger*innen der Ukraine. Der
2 mutwillige, völkerrechtswidrige und unentschuld bare russische Angriffskrieg ist
3 entsetzlich. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg
4 bereits gefordert hat und ihren Angehörigen.
- 5 Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriff auf Frieden, Demokratie und
6 Freiheit in Europa. Die Bundesregierung hat mit aller diplomatischer Kraft
7 versucht, diese Eskalation zu verhindern. Alle denkbaren nicht-militärischen und
8 präventiven Versuche wurden unternommen, unzählige Gespräche und persönliche
9 Besuche haben stattgefunden. Am Ende war es Putin, der die Gespräche abgebrochen
10 hat und mit seinem Einmarsch gewalttätig Fakten schafft.
- 11 Mit diesem Angriff hat sich die europäische Sicherheitslage grundlegend
12 verändert. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nicht verhandelbar, dass jedes Land ein
13 Recht auf vollständige außenpolitische Souveränität und ein unabdingbares Recht
14 auf Selbstverteidigung hat. Deutschland unterstützt die Ukraine daher nicht mehr
15 nur humanitär, sondern auch bei der Ausstattung mit dringend gewünschtem
16 Material, darunter Panzerabwehrwaffen und Boden-Luft-Raketen aus Beständen der
17 Bundeswehr. Diese Unterstützung ist richtig.
- 18 Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV fordert fortwährende politische,
19 wirtschaftliche, finanzielle und humanitäre Unterstützungsmaßnahmen für die
20 Ukraine.
- 21 Gleichzeitig gilt unsere Solidarität und Unterstützung auch den mutigen Menschen
22 der russischen Zivilgesellschaft, die Frieden fordern und sich offen oder subtil
23 gegen die Politik der russischen Regierung stellen und dafür verfolgt werden.
24 Gerade jetzt ist es wichtig zu signalisieren, dass wir all diese Menschen mit
25 offenen Armen begrüßen und ihnen Zuflucht vor der rücksichtslosen und brutalen
26 Verfolgung des Putin-Regimes gewähren.
- 27 Darüber hinaus heißen wir all jene willkommen, die desertieren oder den
28 Wehrdienst verweigern. Es ist keine Schande, sondern menschlich, vor Krieg zu
29 flüchten.
- 30 Putin hat nicht nur die Ukraine angegriffen, sondern auch die europäische
31 Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit. Wiederholt verschiebt der russische
32 Präsident gewaltsam Grenzen in Europa. Im Zusammenhang mit dem Angriff auf die
33 Ukraine überzog Putin mehrere ost- und nordeuropäische Staaten mit
34 weitreichenden Drohungen.
- 35 Wir sind solidarisch mit unseren osteuropäischen NATO- und EU-Partnern und
36 tragen ihrem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis durch konkrete Maßnahmen im Rahmen
37 dieser Bündnisse Rechnung. Hierzu zählt unter anderem die Verstärkung ziviler
38 und militärischer Präsenz in den osteuropäischen Partnerstaaten.

39 Der Frieden in Europa ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Das hat Folgen für
40 uns in Deutschland und in der EU. Wir sind somit gezwungen, unsere deutsche und
41 europäische Außenpolitik zu diskutieren, um sie den neuen Realitäten anzupassen.
42 Als Partei, deren Wurzeln auch in der Friedensbewegung liegen, streben wir eine
43 Welt an, in der ab- und nicht aufgerüstet wird. Doch wir blicken nicht blind in
44 diese Welt.

45 Der Angriffskrieg auf die Ukraine macht deutlich, dass wir signifikant in unsere
46 Sicherheit investieren müssen. Die Grundlage hierfür muss ein umfassendes
47 Sicherheitsverständnis sein, das Resilienz und Krisenfähigkeit mit militärischen
48 Fähigkeiten gemeinsam betrachtet.

49 Zurzeit wird deutlich, wie sehr die Bundeswehr unter dem jahrzehntelangen
50 Missmanagement im Beschaffungswesen und im Verteidigungsministerium gelitten
51 hat. Sie verfügt nicht über genügend Material, um sich voll handlungsfähig zu
52 zeigen. Eine angemessene Ausstattung, z.B. mit Schutzrüstung und Munition zur
53 Gewährleistung der grundlegenden Verteidigungsfähigkeiten, sind überfällig.
54 Deshalb begrüßen wir die aktuellen Bemühungen, Ausrüstungs- und Fähigkeitslücken
55 zu schließen. Gleichzeitig muss das Beschaffungswesen dringend reformiert
56 werden, damit investiertes Geld auch wirklich zu mehr Sicherheit führt.

57 Es liegt auf der Hand, dass eine Verbesserung der Ausrüstung und Ausstattung in
58 enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnerländern erfolgen muss. Ausgaben
59 müssen im europäischen Verbund besser miteinander abgestimmt werden, um in der
60 gesamteuropäischen Verteidigung Lücken zu schließen und unnötige Doppelausgaben
61 zu vermeiden.

62 Wir müssen uns als BÜNDNISGRÜNE zudem einer neuen Diskussion um die gemeinsame
63 Außen- und Sicherheitspolitik der EU stellen.

64 Gleichzeitig ändert eine besser ausgestattete Bundeswehr für uns nichts am
65 Primat der zivilen Außenpolitik und Krisenvorsorge. Daher müssen Diplomatie,
66 humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz
67 ebenfalls gleichberechtigt gestärkt werden. Auch die Cybersicherheit werden wir
68 viel stärker in den Blick nehmen müssen. Bereits in der Vergangenheit haben
69 Hackerangriffe hierzulande gezeigt, dass unsere Fähigkeiten in der Abwehr von
70 Cyberattacken ungenügend sind.

71 Investitionen in die energiepolitische Unabhängigkeit bedeuten immer auch einen
72 Gewinn an Sicherheit. Die Energiewende stärkt unsere Position und muss so
73 schnell wie möglich vorangetrieben werden. Russlands Deviseneinnahmen aus dem
74 Export fossiler Rohstoffe haben die russische Aufrüstung mit ermöglicht und
75 finanzieren einen relevanten Anteil des Krieges gegen die Ukraine.

76 Die Energiepolitik der Großen Koalition war fehlgeleitet und führte unter
77 anderem zu der heute sichtbaren Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus
78 Russland. Die neue Bundesregierung bringt nun zielgerichtete Maßnahmen auf den
79 Weg, um so schnell wie möglich von Kohle, Öl, Gas wegzukommen und den Verbrauch
80 schnell zu reduzieren. Energiesouveränität ist eine Frage der nationalen
81 Sicherheit. Sie braucht eine nationale und europäische Kraftanstrengung. Auch
82 auf Landesebene muss jetzt endlich die Handbremse bei den Erneuerbaren Energien
83 gelöst werden. Mit zwei Prozent unserer Landesfläche für die Windkraft und einem
84 Prozent für Solarenergie können wir innerhalb kürzester Zeit 100 Prozent
85 Erneuerbare Energien in unserem Land realisieren.

86 Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Wochen
87 Beachtliches geleistet, um die geflüchteten Menschen aus der Ukraine willkommen
88 zu heißen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN danken allen haupt- und ehrenamtlich in der
89 Hilfe engagierten Menschen. Jetzt gilt es, schnellstmöglich die Landesstrukturen
90 für die Geflüchtetenaufnahme und Integration umfassend auszubauen.

Begründung

erfolgt mündlich

Beschluss Europa sicherer machen

Gremium: Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum: 26.03.2022
Tagesordnungspunkt: 6. Aktuelle Debatte

Antragstext

- 1 Wir stehen solidarisch an der Seite der Bürger*innen der Ukraine. Der
2 mutwillige, völkerrechtswidrige und unentschuld bare russische Angriffskrieg ist
3 entsetzlich. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg
4 bereits gefordert hat und ihren Angehörigen.
- 5 Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriff auf Frieden, Demokratie und
6 Freiheit in Europa. Die Bundesregierung hat mit aller diplomatischer Kraft
7 versucht, diese Eskalation zu verhindern. Alle denkbaren nicht-militärischen und
8 präventiven Versuche wurden unternommen, unzählige Gespräche und persönliche
9 Besuche haben stattgefunden. Am Ende war es Putin, der die Gespräche abgebrochen
10 hat und mit seinem Einmarsch gewalttätig Fakten schafft.
- 11 Mit diesem Angriff hat sich die europäische Sicherheitslage grundlegend
12 verändert. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nicht verhandelbar, dass jedes Land ein
13 Recht auf vollständige außenpolitische Souveränität und ein unabdingbares Recht
14 auf Selbstverteidigung hat. Deutschland unterstützt die Ukraine daher nicht mehr
15 nur humanitär, sondern auch bei der Ausstattung mit dringend gewünschtem
16 Material, darunter Panzerabwehrwaffen und Boden-Luft-Raketen aus Beständen der
17 Bundeswehr. Diese Unterstützung ist richtig.
- 18 Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV fordert fortwährende politische,
19 wirtschaftliche, finanzielle und humanitäre Unterstützungsmaßnahmen für die
20 Ukraine.
- 21 Gleichzeitig gilt unsere Solidarität und Unterstützung auch den mutigen Menschen
22 der russischen Zivilgesellschaft, die Frieden fordern und sich offen oder subtil
23 gegen die Politik der russischen Regierung stellen und dafür verfolgt werden.
24 Gerade jetzt ist es wichtig zu signalisieren, dass wir all diese Menschen mit
25 offenen Armen begrüßen und ihnen Zuflucht vor der rücksichtslosen und brutalen
26 Verfolgung des Putin-Regimes gewähren.
- 27 Darüber hinaus heißen wir all jene willkommen, die desertieren oder den
28 Wehrdienst verweigern. Es ist keine Schande, sondern menschlich, vor Krieg zu
29 flüchten.
- 30 Putin hat nicht nur die Ukraine angegriffen, sondern auch die europäische
31 Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit. Wiederholt verschiebt der russische
32 Präsident gewaltsam Grenzen in Europa. Im Zusammenhang mit dem Angriff auf die
33 Ukraine überzog Putin mehrere ost- und nordeuropäische Staaten mit
34 weitreichenden Drohungen.
- 35 Wir sind solidarisch mit unseren osteuropäischen NATO- und EU-Partnern und
36 tragen ihrem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis durch konkrete Maßnahmen im Rahmen
37 dieser Bündnisse Rechnung. Hierzu zählt unter anderem die Verstärkung ziviler
38 und militärischer Präsenz in den osteuropäischen Partnerstaaten.

39 Der Frieden in Europa ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Das hat Folgen für
40 uns in Deutschland und in der EU. Wir sind somit gezwungen, unsere deutsche und
41 europäische Außenpolitik zu diskutieren, um sie den neuen Realitäten anzupassen.
42 Als Partei, deren Wurzeln auch in der Friedensbewegung liegen, streben wir eine
43 Welt an, in der ab- und nicht aufgerüstet wird. Doch wir blicken nicht blind in
44 diese Welt.

45 Der Angriffskrieg auf die Ukraine macht deutlich, dass wir signifikant in unsere
46 Sicherheit investieren müssen. Die Grundlage hierfür muss ein umfassendes
47 Sicherheitsverständnis sein, das Resilienz und Krisenfähigkeit mit militärischen
48 Fähigkeiten gemeinsam betrachtet.

49 Zurzeit wird deutlich, wie sehr die Bundeswehr unter dem jahrzehntelangen
50 Missmanagement im Beschaffungswesen und im Verteidigungsministerium gelitten
51 hat. Sie verfügt nicht über genügend Material, um sich voll handlungsfähig zu
52 zeigen. Eine angemessene Ausstattung, z.B. mit Schutzrüstung und Munition zur
53 Gewährleistung der grundlegenden Verteidigungsfähigkeiten, sind überfällig.
54 Deshalb begrüßen wir die aktuellen Bemühungen, Ausrüstungs- und Fähigkeitslücken
55 zu schließen. Gleichzeitig muss das Beschaffungswesen dringend reformiert
56 werden, damit investiertes Geld auch wirklich zu mehr Sicherheit führt.

57 Es liegt auf der Hand, dass eine Verbesserung der Ausrüstung und Ausstattung in
58 enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnerländern erfolgen muss. Ausgaben
59 müssen im europäischen Verbund besser miteinander abgestimmt werden, um in der
60 gesamteuropäischen Verteidigung Lücken zu schließen und unnötige Doppelausgaben
61 zu vermeiden.

62 Wir müssen uns als BÜNDNISGRÜNE zudem einer neuen Diskussion um die gemeinsame
63 Außen- und Sicherheitspolitik der EU stellen.

64 Gleichzeitig ändert eine besser ausgestattete Bundeswehr für uns nichts am
65 Primat der zivilen Außenpolitik und Krisenvorsorge. Daher müssen Diplomatie,
66 humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz
67 ebenfalls gleichberechtigt gestärkt werden. Auch die Cybersicherheit werden wir
68 viel stärker in den Blick nehmen müssen. Bereits in der Vergangenheit haben
69 Hackerangriffe hierzulande gezeigt, dass unsere Fähigkeiten in der Abwehr von
70 Cyberattacken ungenügend sind.

71 Investitionen in die energiepolitische Unabhängigkeit bedeuten immer auch einen
72 Gewinn an Sicherheit. Die Energiewende stärkt unsere Position und muss so
73 schnell wie möglich vorangetrieben werden. Russlands Deviseneinnahmen aus dem
74 Export fossiler Rohstoffe haben die russische Aufrüstung mit ermöglicht und
75 finanzieren einen relevanten Anteil des Krieges gegen die Ukraine.

76 Die Energiepolitik der Großen Koalition war fehlgeleitet und führte unter
77 anderem zu der heute sichtbaren Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus
78 Russland. Die neue Bundesregierung bringt nun zielgerichtete Maßnahmen auf den
79 Weg, um so schnell wie möglich von Kohle, Öl, Gas wegzukommen und den Verbrauch
80 schnell zu reduzieren. Energiesouveränität ist eine Frage der nationalen
81 Sicherheit. Sie braucht eine nationale und europäische Kraftanstrengung. Auch
82 auf Landesebene muss jetzt endlich die Handbremse bei den Erneuerbaren Energien
83 gelöst werden. Mit zwei Prozent unserer Landesfläche für die Windkraft und einem
84 Prozent für Solarenergie können wir innerhalb kürzester Zeit 100 Prozent
85 Erneuerbare Energien in unserem Land realisieren.

86 Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Wochen
87 Beachtliches geleistet, um die geflüchteten Menschen aus der Ukraine willkommen
88 zu heißen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN danken allen haupt- und ehrenamtlich in der
89 Hilfe engagierten Menschen. Jetzt gilt es, schnellstmöglich die Landesstrukturen
90 für die Geflüchtetenaufnahme und Integration umfassend auszubauen.

A2_neu Verteidigungspolitik muss rational bleiben – Klimaschutz und internationale Kooperation statt pauschale Aufrüstung

Antragsteller*in: Arndt Müller (KV Schwerin)

Tagesordnungspunkt: 6. Aktuelle Debatte

Antragstext

1 Der Landesdelegiertenrat beschließt:

- 2 1. Der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern
3 verurteilt in aller Schärfe den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg
4 Russlands gegen die Ukraine. Wir stehen solidarisch an der Seite der
5 Menschen der Ukraine, beteiligen uns an Hilfsmaßnahmen und treten für eine
6 schnellstmögliche Beendigung des Angriffs und den vollständigen Rückzug
7 russischer Truppen von ukrainischem Staatsgebiet ein.
- 8 2. Trotz dieser unfassbaren Gewalt spricht sich der Landesverband
9 Mecklenburg-Vorpommern von Bündnis 90/Die Grünen gegen die von
10 Bundeskanzler Scholz (SPD) verkündete, außergewöhnlich hohe Aufstockung
11 des Verteidigungshaushalts aus. Wir lehnen die Abkehr vom Primat der
12 zivilen Konfliktprävention ab.
- 13 3. Verteidigungspolitik muss rational und erklärbar sein – eine Erhöhung der
14 Mittel für Verteidigung von ca. 47 auf dann dauerhaft 70 und mehr
15 Milliarden Euro pro Jahr ist dies nicht. Ebenso verhält es sich mit dem
16 Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, die für die nächsten Jahre zur
17 Verfügung stehen sollen und die den bereits in der Vergangenheit
18 aufgestockten Verteidigungsetat zusätzlich erweitern. Geht man von einer
19 Personenstärke von 185.000 aktiven Soldat:innen aus, stünden dann je
20 Soldat:in in jedem Jahr etwa 400.000 Euro zur Verfügung. Wir bezweifeln,
21 dass diese Ausgabensteigerung allein mit nachholender verbesserter
22 Ausstattung der Truppe für die Landesverteidigung und für Kriseneinsätze
23 zu begründen ist. Alleine die EU-Staaten geben bereits jetzt mit ca. 340
24 Milliarden € pro Jahr etwa fünfmal so viel wie Russland für ihre
25 Streitkräfte aus. Der NATO-Partner USA wendet mehr als 600 Milliarden pro
26 Jahr auf.
- 27 4. Wir streben eine Ausstattung der Bundeswehr an, die in einem mit den
28 Partnerstreitkräften abgestimmten Konzept optimiert ist. Es muss nicht
29 jede nationale Armee alles vorhalten. Wir erwarten von der Bundesregierung
30 Initiativen für entsprechende Abstimmungen auf internationaler Ebene.
- 31 5. Die Probleme der Bundeswehr liegen in erster Linie im Beschaffungswesen.
32 Wir appellieren an den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion von
33 Bündnis 90/Die Grünen, darauf hinzuwirken, dass die Mittel für die
34 Bundeswehr für ein besseres und an Effizienz ausgerichtetes
35 Beschaffungswesen und nicht für die pauschale Vermehrung von
36 Waffensystemen eingesetzt werden.
- 37 6. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern von Bündnis 90/Die Grünen lehnt
38 die vom Koalitionspartner FDP geäußerte Zielstellung, die „Bundeswehr zu
39 einer der schlagkräftigsten Armeen“ zu entwickeln, ab. Die Formulierung

40 derartiger Superlative verbietet sich vor dem Hintergrund der Geschichte
41 des vergangenen Jahrhunderts, in der deutsche Armeen entsetzliches Leid
42 über Europa gebracht haben.

43 7. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern fordert die Bundesregierung auf,
44 die jetzt veranschlagten 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr sowie die
45 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zusätzlich zu den bereits
46 veranschlagten Mitteln für den Kampf gegen den Klimawandel und gegen die
47 soziale Ungleichheit in unserem Land einzusetzen.

Begründung

Trotz der uns alle schockierenden Ereignisse um den Überfall der Ukraine durch Russland, dürfen nun nicht Schlussfolgerungen gezogen werden, die dem bereits in der Vergangenheit erfolglosen Wettrüsten der militärischen Blöcke gleichen. Die einmalige Erhöhung des Wehretats um 100 Milliarden Euro zusätzlich zu den bereits im Haushalt veranschlagten rund 50 Milliarden Euro ist uns zu pauschal. Sie geht bisher nicht nachvollziehbar auf die tatsächlichen Herausforderungen bei der Organisation und Ausrüstung der Bundeswehr ein. Bereits 2016 kündigte die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) an, in den kommenden 15 Jahren insgesamt 130 Milliarden Euro in die Ausrüstung der Bundeswehr investieren zu wollen und das bereits unter Berücksichtigung der sicherheitspolitischen Lage nach Annexion der Krim durch Russland¹. Diese Summe ist demnach bereits in der Langfriststrategie für den Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik berücksichtigt. Nun sollen jedoch zusätzliche Mittel von 100 Milliarden Euro bereitgestellt werden, sowie eine Erhöhung der jährlichen Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes durchgeführt werden.

Die Bundeswehr muss so ausgestattet sein, dass sie einerseits unser Land verteidigen und andererseits den Bündnisverpflichtungen in der NATO nachkommen kann. Jegliche darüberhinausgehende Kapazitätserhöhung ist nicht vom Grundgesetz gedeckt (GG Artikel 87a).

Aufgrund unserer Verantwortung vor der Geschichte haben wir Sorge dafür zu tragen, dass eine deutsche Armee nie wieder den Anspruch formuliert, „größte“, „schlagkräftigste“ oder „stärkste“ Armee zu sein. Dies ist in entsprechenden Verlautbarungen immer wieder klar zu stellen. Die Bundeswehr dient ausschließlich der Verteidigung sowie Aufgaben, für die sie ein Mandat durch den Bundestag erhält.

Eine pauschale Zuweisung von 100 Milliarden Euro an die Bundeswehr kann im Zweifelsfall nicht zu einer messbaren Steigerung der Abwehrbereitschaft beitragen, wenn sie nicht an den tatsächlichen Erfordernissen, an den tatsächlichen Aufgaben und den tatsächlichen Fehlstellen der Streitkräfte orientiert ist. Die Erhöhung des Wehretats darf auf keinen Fall eine pauschale Finanzspritze für die Rüstungsindustrie sein, sondern muss zu einer messbaren Verbesserung der Aufgabenerfüllung führen.

Inwieweit 100 Milliarden Euro möglicherweise auch deutlich zu hoch angesetzt sind, muss mit den entsprechenden Expertinnen und Experten diskutiert werden. Auf keinen Fall darf vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen aus dem Blickfeld geraten, dass eine der wichtigsten sicherheitspolitischen Themen, vielleicht sogar das wichtigste Thema, der Kampf gegen den Klimawandel und die mit ihm im Zusammenhang stehenden finanziellen Herausforderungen aus dem Blickfeld geraten. Modellrechnungen bilanzieren für Deutschland einen wirtschaftlichen Schaden von 730 Milliarden Euro in den nächsten 50 Jahren, wenn wir nicht jetzt konsequent Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen².

Quellen:

¹<https://www.deutschlandfunk.de/von-der-leyen-130-milliarden-euro-fuer-die-bundeswehr-100.html>

²<https://www.spiegel.de/wirtschaft/klimawandel-koennte-deutschland-730-milliarden-euro-kosten-a-a6fd8169-cc35-4e7b-9f73-c6bfdfc61352>

Unterstützer*innen

Falk Jagszent (KV Mecklenburgische Seenplatte); Gaby Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Jana Bürger (KV Rostock); Ulrike Seemann-Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Andreas Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Jan Dieminger (KV Nordwestmecklenburg); Claudia Schulz (KV Rostock)

A1 Solidarität mit der Ukraine!

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 04.03.2022
Tagesordnungspunkt: 6. Aktuelle Debatte

Antragstext

1 Solidarität mit der Ukraine!

2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen auf das Schärfste den völkerrechtswidrigen und
3 menschenverachtenden Einmarsch Russlands in die Ukraine. Gemeinsam mit allen
4 demokratischen Kräften in Deutschland, Europa und aller Welt bekunden wir unsere
5 Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und stehen an ihrer Seite.

6 Unsere Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg bereits gefordert
7 hat und noch fordern wird. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt auch den
8 mutigen Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die sich unter der Gefahr der
9 Verhaftung und jahrelanger Haftstrafen offen gegen die Politik des Putin-Regimes
10 stellen.

11 Als Bündnisgrüne stehen wir auf allen Ebenen für den Frieden und die Einhaltung
12 der Charta der Vereinten Nationen ein. Wir begrüßen die Resolution der
13 Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den Angriff verurteilt und Russland
14 auffordert, die Gewaltanwendung unverzüglich einzustellen. Nur 4 von 181
15 teilnehmenden Staaten haben neben Russland diese Resolution abgelehnt. Das zeigt
16 die Isolation, in die Präsident Putin sein Land getrieben hat.

17 Wir begrüßen die weltweite beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die
18 Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Ukraine hat nach Art.
19 51 der Charta der VN das Recht zur Selbstverteidigung, und wir stehen dazu, dass
20 es in dieser Lage angemessen ist, die Ukraine materiell und ideell dabei zu
21 unterstützen.

22 Wir begrüßen die seit langem überfällige Distanzierung der Landesregierung vom
23 Projekt Nordstream 2 und den Aktivitäten der zu dessen Unterstützung gegründeten
24 sogenannten „Stiftung für Klima- und Umweltschutz“. Wir fordern Vorstand und
25 Geschäftsführung der Stiftung auf, alle Tätigkeiten für die Stiftung
26 einzustellen und die zur Ruhigstellung des Widerstands gegen das Projekt
27 vorgesehenen Mittel der Stiftung, soweit sie bereits geflossen sind, nicht
28 auszugeben, bis ein Weg zur endgültigen Abwicklung der Stiftung gefunden ist.
29 Wir werden es nicht damit bewenden lassen. Wir fordern volle Transparenz über
30 alle Aktivitäten der Stiftung und die Hintergründe ihrer Gründung.

31 Der Angriff auf die Ukraine hat bereits mehr als eine Million Menschen zur
32 Flucht aus der Ukraine vor allem in die osteuropäischen Nachbarländer bewegt.
33 Wir sind froh über die riesige Hilfsbereitschaft in Polen, Ungarn, Rumänien, der
34 Slowakei und der Republik Moldau. Die Ukraine ist ein buntes Land, das sich
35 unter anderem vielen afrikanischen Studierenden geöffnet hat. Wir wünschen uns
36 deshalb, dass bei der Hilfe keine Unterschiede nach Hautfarbe und ethnischer
37 Herkunft gemacht werden. Alle Kriegsflüchtlinge verdienen Unterstützung und
38 Hilfe.

39 Wer vor Krieg und Gewalt flieht, ist bei uns willkommen. Wer Schutz sucht,
40 findet bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Sicherheit und, wenn gewünscht, auch

41 ein neues Zuhause. Die Hilfsbereitschaft im Land ist beeindruckend. Aber es wird
42 notwendig sein, diese bald mit professionellen Strukturen zu ersetzen bzw.
43 bestehende Hilfsstrukturen zu stärken, um Erschöpfung zu vermeiden. Der ersten
44 Hilfe muss Beratung, Betreuung und Integrationsunterstützung folgen. Dazu müssen
45 Land und Bund Fördermittel wieder aufstocken. Auch bei uns darf es keine
46 Unterschiede zwischen ukrainischen Staatsbürger:innen und Menschen aus
47 Drittstaaten geben. Die Integration muss auch besser als in den vergangenen
48 Jahren Konfliktpotenziale im Blick haben.

49 Das sichere Leben im eigenen Land kann all das nicht ersetzen. Deshalb bleibt es
50 dabei: Die Souveränität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Putin muss die
51 Angriffe auf die Ukraine sofort einstellen. Das fordern wir mit mehr als
52 Zweidrittel aller Staaten der Welt.

53 Frieden und Unabhängigkeit für die demokratische Ukraine!